



## Positionspapier zum Klimaschutzprogramm 2030

### Die Richtung stimmt, das Tempo nicht

#### Das „Klimapaket“ der Bundesregierung

Das im Dezember 2019 im Vermittlungsausschuss von Bund und Ländern beschlossene „Klimaschutzprogramm 2030“ ist ein erster Schritt hin zu einer lückenlosen CO<sub>2</sub>-Bepreisung in Deutschland. Dieser Schritt war überfällig und die vom Bundesrat durchgesetzten Nachbesserungen gehen in die richtige Richtung. Weitere Steigerungen des CO<sub>2</sub>-Preises dürften aber nötig sein, um das deutsche Emissionsziel für 2030 zu erreichen.

Beschlossen wurde für die Bereiche Wärme und Verkehr ein CO<sub>2</sub>-Preis von 25 Euro je Tonne ab 2021, der bis 2025 schrittweise auf 55 Euro je Tonne steigen soll. Ab 2026 wird ein nationaler CO<sub>2</sub>-Emissionshandel eingeführt, wobei im ersten Jahr ein Mindestpreis von 55 Euro und ein Höchstpreis von 65 Euro je Tonne gelten sollen. Über den Preiskorridor in den darauffolgenden Jahren soll erst 2025 entschieden werden. Allerdings dürfte auch dieser CO<sub>2</sub>-Preis nicht für ausreichenden Klimaschutz sorgen. Denn gerade im Verkehrssektor sind die CO<sub>2</sub>-Vermeidungskosten traditionell hoch. Umso wichtiger wird damit die Frage, wie sich weitere Steigerungen beim Emissionspreis sozial gerecht ausgestalten lassen. Das beste Mittel hierzu ist eine Pro-Kopf-Rückerstattung in Form einer Klimadividende.

#### Nachbesserungsbedarf beim CO<sub>2</sub>-Preis

Will Deutschland seine Ziele für den Klimaschutz erreichen, ist ein wirksamer CO<sub>2</sub>-Preis nötig. Wissenschaftliche Berechnungen legen einen Einstiegspreis von 50 Euro je Tonne CO<sub>2</sub> ab 2020 nahe, der bis 2025 auf rund 80 Euro steigt.<sup>1</sup> Sobald der Preis über den Emissionshandel entsteht, muss er sich grundsätzlich ohne Obergrenze bilden, damit das Emissionsziel wirklich eingehalten wird.

Nachbesserungen hin zu einem deutlich höheren CO<sub>2</sub>-Preis sind also unabdingbar. Das kann über einen deutlich höheren Fixpreis oder über die Auktionierung der Zertifikate ohne Preisobergrenze erfolgen. Mit anderen Worten: Wir brauchen mehr Mut bei der CO<sub>2</sub>-Bepreisung – aber auch eine differenziertere Debatte darüber, wie es dabei sozial gerecht zugehen kann.

#### Einnahmenverwendung sollte Klimagerechtigkeit und Akzeptanz fördern

Wenn in wenigen Jahren CO<sub>2</sub>-Preise von 50 Euro und mehr je Tonne gelten und auf Akzeptanz in der Bevölkerung stoßen sollen, müssen die Einnahmen transparent und auf eine gerechte Weise an die Bürger/innen zurückgegeben werden. Von den jetzt beschlossenen Prämien und Steuererleichterungen, die auch mit den Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung finanziert werden sollen, kommen einige gerade nicht den sozial Schwächeren zugute. Deutlicher spürbar, nachvollziehbarer und gerechter wäre dagegen eine Pro-Kopf-Rückerstattung der Einnahmen als Klimadividende. Sie könnte der Schlüssel sein, um auch sehr hohe CO<sub>2</sub>-Preise in der Bevölkerung mehrheitsfähig zu machen. Und sie würde allen Bürger/innen

---

<sup>1</sup> vgl. Mercator Research Institute, Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung: Optionen für eine CO<sub>2</sub>-Preisreform, 2019.  
[https://www.mcc-berlin.net/fileadmin/data/B2.3\\_Publications/Working%20Paper/2019\\_MCC\\_Optionen\\_f%C3%BCr\\_eine\\_CO2-Preisreform\\_final.pdf](https://www.mcc-berlin.net/fileadmin/data/B2.3_Publications/Working%20Paper/2019_MCC_Optionen_f%C3%BCr_eine_CO2-Preisreform_final.pdf)

verdeutlichen, dass es bei der CO<sub>2</sub>-Bepreisung nicht um die Einnahmen geht, sondern um einen umfassenden Anreiz für klimafreundliche Konsum- und Investitionsentscheidungen.

### **Klimaschutz europäisch denken**

Um mehr Klimaschutz wirtschaftlicher zu erreichen, sollte der CO<sub>2</sub>-Preis letztendlich alle Sektoren umfassen und EU-weit gelten. Realistischerweise lässt sich dies am ehesten in Form eines umfassenden EU-Emissionshandels realisieren, der auch die Bereiche Wärme und Verkehr umfasst. Mit einem einheitlichen CO<sub>2</sub>-Preis würden Emissionen dort eingespart, wo dies am kostengünstigsten ist.

Um mit dem Emissionshandel die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erfüllen, muss die EU jedoch ihr Klimaschutzziel verschärfen. Die Emissionen sollten bis 2030 um mindestens 55% gegenüber 1990 sinken. Das würde auch dem im Pariser Klimavertrag beschlossenen Nachbesserungsprozess neue Dynamik verleihen, bei dem die einzelnen Vertragsparteien ihre Klimaschutzbeiträge (Nationally Determined Contributions/NDCs) im Laufe der Zeit immer ehrgeiziger gestalten. Damit ein ambitionierteres EU-Klimaziel Realität werden kann, braucht die neue EU-Kommission Deutschlands Unterstützung.

*„Es kommt nun darauf an, in den nächsten Schritten nachzusteuern: Der CO<sub>2</sub>-Preis sollte auf ein Ambitionsniveau angehoben werden, mit dem die Klimaziele zuverlässig erreicht werden können. Außerdem müssen die klimapolitischen Instrumente sozialverträglich ausgestaltet werden. Weiterhin ist eine aktivere Rolle Deutschlands in der europäischen Klimapolitik entscheidend. Denn parallel zum nationalen Einstieg sollte Deutschland die Einführung einer integrierten europaweiten CO<sub>2</sub>-Bepreisung vorantreiben, um eine dauerhafte Zersplitterung und entsprechend hohe Kosten der europäischen Klimapolitik zu verhindern. Die europäische Klimadebatte um eine Erhöhung des Klimaziels für das Jahr 2030, angestoßen durch die neue EU-Kommission, bietet dafür in der kommenden Zeit einen guten Einstiegspunkt.“*

Ottmar Edenhofer et al.: Bewertung des Klimapakets und nächste Schritte. Mercator Research Institute und Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, Oktober 2019